

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Sozialausschusses am 03.02.2015
(10. Wahlperiode)

Tagessordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	4
3 Meridias-Rheinstadtpflegehaus Meerbusch - Bericht der Heimaufsicht des Rhein-Kreises Neuss	4
4 Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern - Aufhebung des Sperrvermerks - Standortfrage Vorlage: SIM/0158/2015	5
4.1 Änderungsantrag der SPD Fraktion vom 29. Januar 2015 - Bau eines Übergangswohnheimes Vorlage: FB2/0030/2015	10
5 Bündnis gegen Rechts - Bericht des Ausschussvorsitzenden	10
6 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden	10
7 Berufung von stellvertretenden Mitgliedern in den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0153/2015	10
8 Sozialbericht 2013 - Beantwortung von Fragen aus dem Ausschuss	11
9 Anträge	11
10 Anfragen	11
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
12 Termin der nächsten Sitzung: 28. April 2015	11
13 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Katja Giesen

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter anwesend bis 19.30 Uhr, TOP 5

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Gäste

Herr Marcus Mertens

Rhein-Kreis Neuss, Heimaufsicht

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Ausschussvorsitzender Focken eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste, insbesondere erstmalig Herrn Ersten Beigeordneten Frank Maatz. Dieser begrüßt ebenfalls die Anwesenden und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gremium.

Anschließend stellt Ausschussvorsitzender Focken die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest. Im Hinblick auf die Tagesordnung schlägt er vor, diese um den TOP „Meridias Rheinstadtpflegehaus Meerbusch – Bericht der Heimaufsicht des Rhein-Kreises Neuss“ zu erweitern. Dieser solle als TOP 3 eingefügt werden, so dass sich alle weiteren TOP's um eine Ziffer nach hinten verschieben. Die Ergänzung der Tagesordnung wird einvernehmlich befürwortet.

Auf den als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der SPD Fraktion zum neuen TOP 4.1 wird verwiesen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anliegen vorgetragen.

2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Beratendes Mitglied Dr. Lothar Chaillié wird durch Ausschussvorsitzenden Focken in sein Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

3 Meridias-Rheinstadtpflegehaus Meerbusch - Bericht der Heimaufsicht des Rhein-Kreises Neuss

Herr Mertens dankt für die Einladung und die damit verbundene Gelegenheit vor dem Hintergrund der aktuellen Presseberichterstattung über die Situation im Meridias Rheinstadtpflegehaus Meerbusch zu informieren.

Am 20. Januar habe die Heimaufsicht eine anonyme Beschwerde hinsichtlich der oben genannten Einrichtung erhalten. In dieser Beschwerde seien massive Mängel bezüglich des Personals, der Hygiene wie auch der Angebote des sozialen Dienstes vorgetragen worden. Daraufhin habe eine Prüfung durch die Heimaufsicht unter Einbeziehung der Gesundheitsaufsicht wie auch einer Pflegefachkraft stattgefunden. In diesem Zusammenhang seien auch intensive Gespräche mit Bewohnern und Angehörigen geführt worden. Substantielle Mängel seien im Rahmen der Prüfung letztendlich nicht festgestellt worden. Allerdings sei es im Dezember durch einen ungewöhnlich hohen Krankheitsstand zu einer sehr knappen Personalausstattung gekommen, die nur durch den Einsatz von Zeitarbeitskräften abgemildert werden konnte und somit vorübergehend zu einer verminderten Qualität geführt habe. Den Bewohnern sei allerdings dadurch kein Schaden entstanden. Grundsätzlich verfüge die Einrichtung über einen Personalbestand über dem Soll. Auch Neuaufnahmen würden in der Einrichtung erst nach Einstellung des erforderlichen Personals realisiert.

Ferner habe man in der Einrichtung die Verpflegungssituation dahingehend verändert, dass eine Verpflegung nun nicht mehr in Speisesälen, sondern im Wohnbereich sichergestellt werde. Diese Vorgehensweise werde von den Bewohnern teilweise abgelehnt, sei allerdings vorab mit allen Bewohnern in einem transparenten Verfahren besprochen und zunächst auch auf eine Testphase von drei Monaten begrenzt worden. Hierbei handele es sich um eine operative Entscheidung in der Zu-

ständigkeit des Trägers, die im Hinblick auf notwendige Weiterentwicklungen von Einrichtungen auch grundsätzlich möglich sein müsse.

Bei der Presseberichterstattung des Express handele es sich um eine Vermengung aktueller Beschwerden mit Vorgängen aus dem Vorjahr. So sei zu Beginn des vergangenen Jahres durch die Heimleitung bei mehreren Bewohnern Hämatome festgestellt und der Heimaufsicht unmittelbar angezeigt worden. Im Folgenden sei es dann zu Entlassungen und Strafanzeigen gekommen. Das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft sei allerdings zwischenzeitlich eingestellt worden. Zu vergleichbaren Vorfällen sei es seitdem nicht mehr gekommen.

Letztendlich sei bezüglich der Einrichtung festzuhalten, dass kein Anlass bestehe, ordnungsbehördliche Maßnahmen zu ergreifen. Man könne jedoch versichert sein, dass weitere Maßnahmen ergriffen würden, sofern der eingeschlagene Weg der Konsolidierung nicht konsequent weiter fortgeführt werde.

Abschließend beantwortet Herr Mertens die Fragen aus dem Ausschuss. So sei für die Heimaufsicht gesetzlich eine unangekündigte vollumfängliche Prüfung jährlich vorgesehen, darüber hinaus würden regelmäßig Teilprüfungen in den Einrichtungen vorgenommen. Auch hinsichtlich des Meridias Rheinstadtpflegehaus Meerbusch sei man regelmäßig vor Ort im Gespräch, eine darüber hinausgehende besondere Behandlung durch die Heimaufsicht sei derzeit nicht erforderlich. Hinsichtlich der aktuellen Beschwerde habe der Medizinische Dienst der Krankenkassen, der ebenfalls Prüfungen vor Ort durchführe, mit 17 Bewohnern beziehungsweise Angehörigen und die Heimaufsicht mit 12 Personen gesprochen. Auch das Schmerzmanagement sei in den Prüfungsprozess einbezogen. Zu diesbezüglichen Mängeln habe er keine Erkenntnis.

4 Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern
- Aufhebung des Sperrvermerks
- Standortfrage
Vorlage: SIM/0158/2015

Beschluss auf Antrag der Fraktion DIE LINKEN und Piraten:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses, eine neue Beschlussvorlage zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erarbeiten. Dabei sollte das Augenmerk auf anzumietende Wohnungen und zu Wohnzwecken umzubauende Gebäude liegen. An einem einzelnen Standort sollten möglichst nicht mehr als 30, höchstens aber 50 Personen untergebracht werden. Die Unterkünfte sollen in den Innenbereichen der Ortsteile gelegen sein. Eine Unterbringung in Containern („Raumzellen“) wird nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	1	16	-

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss auf Antrag der SPD Fraktion:

Der Sozialausschuss beschließt, den vorliegenden Änderungsantrag der SPD Fraktion (siehe TOP 4.1) an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme für maximal 50 Personen unter Berücksichtigung entsprechender Sozialräume zeitnah zu planen, auszuschreiben und umzusetzen. Die neue Unterkunft soll in Raumzellenbauweise auf dem Gelände am Parkplatz Kranenburger Strasse, Osterath, errichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6	2	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	12	5	-

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss den Sperrvermerk zur Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern (Produkt 10.111.140 – Technisches Gebäudemanagement, Sachkonto 78510000 – 7.010.12096.710.001 Flüchtlingsunterkunft) aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten			1
Gesamt:	16	-	1

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Vorlage des Technischen Beigeordneten Herrn Dr. Gérard hinsichtlich des Bedarfes für weitere Flüchtlingsunterkünfte in Meerbusch.

Gemeinsam mit Bund und Land stünden die Kommunen vor der großen Herausforderung der Unterbringung des Ansturms von Flüchtlingen aus den Krisenregionen der Welt. Aktuell habe auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge infolge der wachsenden Anzahl von Asylanträgen sein Personal aufgestockt.

In Meerbusch sei mit insgesamt 160 Zugängen im Jahr 2014 ebenfalls ein erheblicher Anstieg der Flüchtlinge zu verzeichnen. Infolge des Zustroms seien die Kapazitäten in den städtischen Asylbewerberunterkünften zwischenzeitlich weitestgehend ausgeschöpft. Durch Umverlegungen und Nutzung anderer städtischer Immobilien versuche man weitere Kapazitäten für die erwarteten Neuzuweisungen zu schaffen. Die zeitnahe Errichtung einer neuen Unterkunft sei unumgänglich, ein entsprechender Vorschlag der Verwaltung liege in Form der Beschlussempfehlung der Beratungsvorlage vor.

Hinsichtlich Qualität und Ausführung der geplanten Einrichtung wird Herr Klein um weitere Erläuterungen gebeten.

Herr Klein führt aus, dass man bezüglich der Schaffung zusätzlichen angemessenen Wohnraums für die Flüchtlinge schon seit geraumer Zeit im Austausch mit anderen Kommunen stehe. Allerdings hätten diese, wie beispielsweise Düsseldorf, mit der notwendigen Bereitstellung von ca. 4.000 Plätzen noch gänzlich andere Problemlagen.

Für eine zeitnahe Unterbringung weiterer Flüchtlinge in Meerbusch stelle ein Festbau unter Berücksichtigung der Vorlaufzeiten für die Planung und der anschließenden Bauzeit keine geeignete Lösung dar. Um eine schnelle Bezugfertigkeit sicherzustellen, schlage man daher die Errichtung einer Raumzellenanlage vor. Allerdings sei der Markt zur Beschaffung von Raumzellenanlagen angespannt, eine Anlieferung sei voraussichtlich nur aus dem europäischen Ausland möglich. Hinweise auf Lieferzeiten seien nicht bekannt; diese seien letztendlich davon abhängig, wie die Industrie die erhöhte Nachfrage bewältigen könne.

Anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation erläutert Herr Klein die beabsichtigte Erstellung der Raumzellenanlage an der Kranenburger Straße. Der Standort sei schon in Vorjahren für eine Asylbewerberunterkunft genutzt worden. Beabsichtigt sei zunächst die Schaffung von 50 Plätzen und eine spätere Erweiterung der Unterkünfte zur Unterbringung von erneut 50 Personen. Zur Beschleunigung des Vergabeverfahrens habe man sich mit dem Rechnungsprüfungsamt auf eine beschränkte Ausschreibung unter Beteiligung von 8 – 10 Anbietern verständigt.

Nachfragen aus dem Ausschuss beantwortet Herr Klein wie folgt: Die Zeit von der Lieferung bis zur Bezugfertigkeit hänge vom jeweiligen Anbieter ab. Er schätze diese auf ca. 1 Monat. Die Kosten für einen der Größe nach vergleichbaren Festbau beziffert er mit ca. 1,9 Mio. €, für die Raumzellenanlagen werden nach derzeitigem Kenntnisstand die veranschlagten 700.000 € auskömmlich sein. Hinsichtlich der Hochspannungsleitung in der Nähe des Standortes werde die notwendige Schutzzone von 40m eingehalten, so dass diese kein Hindernis darstelle. Bezogen auf die Baugrundstücke erläutert er, dass man an der Kranenburger Straße alle Optionen offen habe und zwei Unterkünfte errichten könne, während man an der Insterburger Straße auf das ausgewiesene Baufenster und somit auch auf eine Raumzellenanlage für 50 Personen beschränkt sei.

Die Räume der Anlage könnten natürlich grundsätzlich anstelle der Unterbringung auch für andere Zwecke, z.B. als Gemeinschaftsraum, genutzt werden. Im Gegensatz zum Stuttgarter Modell erfolge in der vorliegenden Planung die Erschließung der Wohneinheiten nicht durch Laubengänge, sondern

jeweils über kleine Innen- bzw. Vorhöfe mit einem Treppenaufgang. In Korschenbroich seien die Kollegen mit einer vergleichbaren Anlage, die vor wenigen Wochen in Betrieb genommen wurde, auch im Hinblick auf die Größe der Wohneinheiten, sehr zufrieden.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Ratsherr Eckert grundsätzliche Kritik an einer Containerlösung. Dabei könne es sich, wenn überhaupt, um eine Notlösung handeln. In anderen Kommunen seien 50% der Asylbewerber in Privatwohnungen untergebracht. Er wolle daher über Alternativen diskutieren. Es sei naiv zu glauben, dass eine solche Lösung nur zwei Jahre Bestand haben werde. Die Verwaltung, der es vorrangig darum gehe, billige Unterkünfte zu schaffen, setze die Politik unter Druck, eine Notlösung zu befürworten, die dann zur Dauerlösung werde. So würden traumatisierte Menschen in Unterkünften ohne Privatsphäre untergebracht. Es sei ein schweres politisches Versäumnis, dass ein Festbau noch nicht realisiert sei.

Er beantrage die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Ratsherr Bertholdt betont vor dem Hintergrund der relativ beengten Flächenverhältnisse in der Raumzellenanlage die Notwendigkeit großzügiger Freiflächen. Herr Klein versichert, dass an der Kranenburger Straße eine ausreichende Grundstücksfläche vorhanden sei.

Ratsherr Fliege plädiert dafür, die Dinge nicht schön zu reden, aber dennoch einen Konsens hinsichtlich der kurzfristigen Bereitstellung von Unterkünften zu finden. Grundsätzlich halte er eine Aufteilung der Unterkünfte auf alle Ortsteile für erstrebenswert. Im Hinblick auf die Zeitschienen zur Realisierung der Unterkünfte informiert Herr Klein, dass er hinsichtlich der Raumzellenanlage mit einer Fertigstellung in 6 Monaten rechne, hinsichtlich des Festbaus sei für Planung und Bauzeit ein Zeitraum von 12 – 13 Monaten einzukalkulieren. Insofern löse dieser das Problem einer kurzfristigen Unterbringung nicht.

Hinsichtlich der Diskussion zur Zumutbarkeit einer Raumzellenanlage verweist Ratsfrau Pricken auf vergleichbare, ebenfalls beengte Wohnverhältnisse, beispielsweise im sozialen Wohnungsbau. Des Weiteren betont sie die dringende Notwendigkeit, die beiden Asylbewerberunterkünfte in Büderich und Lank zu entlasten. Ferner betont sie, dass Flüchtlinge in Meerbusch bislang immer würdig untergebracht worden seien und auch immer eine Begegnung auf Augenhöhe angestrebt werde.

Zum vorliegenden Änderungsantrag der SPD Fraktion (siehe 4.1 der Tagesordnung) erläutert Ratsfrau Niegeloh den Rückgriff auf den alten Ratsbeschluss bezüglich eines weiteren Festbaus in Osterath. Auch im Hinblick auf einen möglicherweise nur vorübergehenden Aufenthalt sei es wichtig, eine gute Lebensgrundlage für die Asylbewerber zu schaffen. Durch Bereitstellung von Sozialräumen und sozialpädagogischer Betreuung müsse insbesondere den Flüchtlingen ermöglicht werden, Gemeinschaft zu pflegen. Sie plädiere dafür sowohl eine kurzfristige wie auch eine mittelfristige Perspektive zu verfolgen und hoffe diesbezüglich gemeinsam eine gute Lösung zu finden.

Im Hinblick auf die Zumutbarkeit der Raumzellenlösung empfiehlt Pfarrer Pahlke, sich die Container, beispielsweise in Korschenbroich, unbedingt einmal anzuschauen. Er habe im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Diakonie Krefeld vergleichbare Unterkünfte bereits kennengelernt. Wissentlich, dass es sich bei der geplanten Unterkunft nur um eine Notlösung handeln könne, halte er diese für vertretbar. Gemeinschaftsräume und ein Raum für die sozialpädagogische Betreuung seien auch aus seiner Sicht erforderlich.

Ratsfrau Köser-Voitz erkundigt sich vor dem Hintergrund der aktuell bereits erschöpften Kapazitäten nach der Vorgehensweise hinsichtlich der Unterbringung der laut Quote zeitnah aufzunehmenden Personen und schlägt vor, auch eine Unterbringung in den, wie zu TOP 3 berichtet, freien Kapazitäten des Meridias Rheinstadtpflegehauses in Betracht zu ziehen. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Verwaltung im Notfall alle Optionen prüfen werde.

Nach Darlegung der Auffassungen der Fraktionen betont Erster Beigeordneter Maatz, dass die bisherige Unterbringung von Flüchtlingen in Meerbusch vorbildlich, seriös und verlässlich erfolgt sei. Zwar habe er die bisherige Entwicklung hier nicht persönlich verfolgen können, dafür bringe er jedoch Erfahrungen aus anderen Kommunen mit. Auch könne er die Situation der Personen und Gebäude in Meerbusch einschätzen, da er die Unterkünfte zwischenzeitlich bereits besucht habe.

Die Unterbringung von Flüchtlingen sowie auch die sonstigen Rahmenbedingungen in Meerbusch seien als überdurchschnittlich zu bewerten. In Meerbusch gäbe es wenig Spannungen und Ärger, weil sich nicht nur durch die Stadt, sondern auch durch die Ehrenamtler umfassend um die Flüchtlinge gekümmert werde. Es sei unstrittig, dass es um die Unterbringung von Menschen gehe, die traumatisiert, seit längerer Zeit unterwegs und auf der Suche nach einer neuen Heimat seien. Insofern sei es auch nicht Intention, eine alternativlose Notlösung vorzuschlagen. Die Beratungen bezüglich der Unterkünfte sei zwischenzeitlich fortgeschritten. Eine umfangreiche Darstellung in der Beratungsvorlage habe aber unter Berücksichtigung der Zustellungsfristen nicht mehr stattfinden können. Alle Kommunen stünden derzeit vor der Herausforderung, unter Berücksichtigung der Verteilungsschlüssel und Zuweisungsquoten, der Flüchtlingssituation gerecht zu werden. Auch Meerbusch werde dieser Aufgabe in Gegenwart und Zukunft verantwortbar Rechnung tragen. Aus diesem Grunde sollten in einem ersten Schritt zeitnah 50 Plätze und in einem zweiten Schritt mittelfristig weitere Kapazitäten im Rahmen des städtischen Immobilienkonzeptes bereitgestellt werden. Die Kritik bezüglich angeblicher Versäumnisse in der Vergangenheit weise er entschieden zurück. Hinsichtlich des Vorwurfs der Priorität von wirtschaftlichen Aspekten verweist Erster Beigeordneter Maatz ausdrücklich auf das geltende Haushaltsrecht, welches bei allen zu tätigen Investitionen wirtschaftliches Handeln verlange, aber in einer solchen Art und Weise, dass man dennoch zu einer menschenwürdigen und sozialverträglichen Lösung komme. Vor diesem Hintergrund werde die Bürgermeisterin am 19. Februar 2015 im Haupt- und Finanzausschuss Alternativen für Unterbringungsmöglichkeiten vorstellen, die den bisherigen Standard berücksichtigten.

Auf den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, die Beschlussfassung bis zur Vorstellung des städtischen Immobilienkonzeptes zu vertagen, erwidert Erster Beigeordneter Maatz, dass es am heutigen Tage definitiv zu einer Beschlussfassung für die kurzfristige Bereitstellung von 50 Plätzen wie auch zur Empfehlung der Aufhebung des Sperrvermerks kommen müsse. Die Entscheidung, ob die Raumzellenanlage gekauft oder gemietet werde, wolle er Herrn Klein in Abhängigkeit der eingehenden Angebote überlassen.

Bezüglich des Anliegens der Fraktion DIE LINKE und Piraten, Asylbewerber vorrangig dezentral in regulärem Wohnraum unterzubringen, erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass dafür kleinräumiger Wohnraum, insbesondere für Einzelpersonen, nicht ausreichend zur Verfügung stehe und aus den gegebenen Möglichkeiten bereits das Beste gemacht werde. Meerbusch verfüge diesbezüglich über eine andere Infrastruktur als viele andere Städte.

Im Anschluss an die Diskussion erfolgt auf Bitte von Ratsfrau Niegeloh von 19.00 Uhr bis 19.10 Uhr eine Unterbrechung der Sitzung. Im Anschluss daran stellt Ausschussvorsitzender Focken zunächst den Vertagungsantrag der Fraktion DIE LINKE und Piraten zur Abstimmung. Nach dessen mehrheitlicher Ablehnung erfolgt die Beschlussfassung über die Verweisung des vorliegenden Änderungsantrages der SPD Fraktion zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss. Schließlich besteht Einvernehmen, die Beschlussempfehlungen der Verwaltung zu Ziff 2 um die Berücksichtigung einer maximalen Platzzahl von 50 Plätzen und die Bereitstellung von Sozialräumen zu ergänzen. So dann wird über die Beschlussempfehlungen des Verwaltungsvorschlages in der erweiterten Fassung abgestimmt.

4.1 Änderungsantrag der SPD Fraktion vom 29. Januar 2015 - Bau eines Übergangwohnheimes Vorlage: FB2/0030/2015

Der Änderungsantrag wurde im Zusammenhang mit TOP 4 behandelt und protokolliert.

5 Bündnis gegen Rechts - Bericht des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Focken berichtet, dass sich im Dezember infolge der Demonstration der NPD an der Alten Schule in Bösinghoven alle Parteien an einen Tisch gesetzt und den Willen der Gründung eines Bündnisses gegen Rechts zum Ausdruck gebracht hätten. Die Gründungsversammlung des parteienübergreifenden Bündnisses sei nunmehr für den 6. Februar 2015 vorgesehen. Ferner erläutert der Ausschussvorsitzende den geplanten Ablauf der Veranstaltung, deren Moderation Dirk Sauerborn vom Polizeipräsidium Düsseldorf übernehmen werde.

Ratsfrau Pricken äußert den Wunsch, das Bündnis durch eine entsprechende Anpassung des Stadtrechts, beispielweise durch Einführung eines Genehmigungsverfahrens für die Verteilung von Flyern auf Märkten, auch politisch unterstützen zu wollen. Infolge der notwendigen Rechtssicherheit diesbezüglicher Regelungen bietet Erster Beigeordneter Maatz an, das Thema verwaltungsseitig aufzugreifen und durch das städtische Rechtsamt prüfen zu lassen.

6 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden

Herr Güllmann berichtet ausführlich über die Aktivitäten des Seniorenbeirats im vergangenen Jahr. Der Bericht erhält eine positive Resonanz aus dem Ausschuss und ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Ferner übermittelt der Vorsitzende des Seniorenbeirats die Bitte des Gremiums an die Politik, das Thema sozialer Wohnungsbau auch im Interesse der Meerbuscher Senioren zukünftig verstärkt voranzutreiben. Ratsfrau Niegeloh regt darüber hinaus eine intensivere Kooperation des Seniorenbeirats mit den Fraktionen an.

Schließlich verweist Herr Güllmann auf die leider rückläufige Resonanz bezüglich der Sprechstunden des Seniorenbeirats, die er aber dennoch gerne weiterführen wolle. Auch die Verwaltung wünscht die Weiterführung der Sprechstunden. In diesem Zusammenhang bittet Herr Güllmann nochmals um eine stärkere Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Verwaltung.

7 Berufung von stellvertretenden Mitgliedern in den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0153/2015

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, folgende Personen als stellvertretende Mitglieder neu in den Seniorenbeirat zu berufen:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| 1. Arbeiterwohlfahrt | Herr Hanns Bock |
| 2. ZWAR Netzwerk (Lank) | Frau Hilde Schmitt |

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag nach Vorlage zur Abstimmung.

8 Sozialbericht 2013 - Beantwortung von Fragen aus dem Ausschuss

Vor Beantwortung einzelner Fragen aus dem Ausschuss durch die Verwaltung wird von verschiedenen Seiten Kritik am ersten Abschnitt des Vorwortes geäußert, da es für einen Sozialbericht unangemessen sei.

Der Bericht wird von der SPD Fraktion als Berichtswesen zur Verdeutlichung der städtischen Entwicklungen grundsätzlich begrüßt, sei in seinen Ausführungen jedoch als zu allgemein gehalten zu kritisieren. Auch fehle an vielen Stellen der Ausblick auf weitere Entwicklungen. Ferner fänden die Auswirkungen der besonderen dezentralen Struktur der Stadt keinen Eingang in die Berichterstattung.

Seitens der Fraktion DIE LINKEN und Piraten wird insbesondere die fehlende kritische Auseinandersetzung mit dem schlüssigen Konzept des Kreises für die angemessenen Kosten der Unterkunft vermisst.

Herr Annacker verdeutlicht, dass es sich bei dem Sozialbericht um einen Rückblick auf die vergangenen 3 Jahre handele. Insofern seien dort auch nur Entwicklungen und politische Beschlüsse aus diesem Zeitfenster wiederzufinden. Hinsichtlich des schlüssigen Konzeptes ergänzt Ausschussvorsitzender Focken, dass die Stadt sich seinerzeit bei Erstellung des Konzeptes durchaus kritisch in die Diskussion hinsichtlich der Ermittlung der Höhe der Bestandsmieten eingebracht habe.

9 Anträge

10 Anfragen

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Ein Bericht der Verwaltung ist nicht erforderlich.

12 Termin der nächsten Sitzung: 28. April 2015

13 Verschiedenes

Ratsherr Fliege verweist auf Bestrebungen des LVR Rheinland hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen mit den Kommunen Kontakt aufzunehmen und erkundigt sich, ob dies in Meerbusch bereits erfolgt sei. Der Verwaltung ist eine Vorlage für den Sozialausschuss des LVR zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bekannt. Eine Kontaktaufnahme sei bislang allerdings nicht erfolgt. Des Weiteren bittet Ratsherr Fliege, für die nächste Sitzung des Sozialausschusses die Aufhebung des Sperrvermerks bezüglich der zusätzlichen halben Stelle für die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge vorzusehen und bittet die Verwaltung hinsichtlich der Besetzung bereits Vorgespräche mit den Wohlfahrtsverbänden anzustreben.

Ratsherr Eckert fragt an, ob Herr Dr. Hartung unter Berücksichtigung seiner Auffassung und seines Abstimmungsverhaltens zur Beteiligung des Integrationsrates an der Gründung des Bündnisses gegen Rechts für das Gremium noch tragbar sei. Auf Bitte des Ausschussvorsitzenden berichtet Ratsherr Mocka kurz aus der letzten Sitzung des Integrationsrates. Ergänzend verweist Ausschussvorsitzender Focken auf das Recht zur freien Meinungsäußerung.

Ratsfrau Niegeloh bittet die Verwaltung, die Sprechzeiten des Behindertenbeauftragten in die Printversion des Stadtkalenders aufzunehmen. Ferner schlägt sie vor, den Sozialausschuss, wie früher schon praktiziert, sporadisch in externen Räumlichkeiten tagen zu lassen. Ausschussvorsitzender Focken schlägt vor, eine der nächsten Sitzungen in den Räumen der AWO-Begegnungsstätte abzuhalten.

Abschließend äußert sich Erster Beigeordneter Maatz auf Wunsch von Frau Niegeloh zu seinen zukünftigen Vorhaben. Unter Verweis auf die ihm unterstellten Fachbereiche nennt er beispielhaft den Fluglärm, das Klimaschutzkonzept, das Aufstellen eines städtisches Radverkehrskonzeptes, das Spielplatzkonzept sowie die Situation der Schullandschaft, insbesondere der Grundschulen, als Handlungsfelder, die er im Jahr 2015 mitgestalten und vorantreiben wolle. Er freue sich auf die damit verbundenen Herausforderungen und die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Meerbusch, den 10. Februar 2015

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in